

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond- oder Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. September d. J. die auf den 9. Oktober anberaumte Eröffnung des kroatisch-slavonischen Landtages auf den 12. November d. J. allergnädigst zu vertagen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. September d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß der Generalkriegskommissär und Vorstand der 13. Abtheilung des Kriegsministeriums Johann Edler v. Eder-Krauß auf seine Bitte und unter Bekanntgabe der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langen, eifrigen und pflichtgetreuen Dienstleistung in den wohlverdienten Ruhestand übernommen werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. September d. J. die bei dem lombardisch-venetianischen Oberlandesgerichte erledigte Rathesstelle dem Landesgerichtsrathe in Vicenza Dr. Kajetan Facci-Negrato allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Lehrer an der k. k. Oberrealschule in Spalato Dr. Friedrich Buckeisen zum wirklichen Lehrer an der k. k. Oberrealschule in Brünn ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. September.

Die Wiener Blätter stimmen in ihren nun vollständig vorliegenden Äußerungen über das a. h. Manifest fast alle darin überein, daß sie nicht allein der unerbittlichen Vogil der Thatsachen, sondern auch der Wahrheit, die das Manifest beseelt, der Klarheit, die es zu schaffen sucht, ihren Tribut in mehr oder weniger unmittelbarer Weise willig darbringen. Nur zwei Organe weichen davon ab. Die „Öst-Deutsche Post“ kann sich von den Rechtsfiktionen des gestürzten Systems nicht los machen, sie stellt die nach ihrer Meinung verhängliche Frage: Warum wurde nicht auch das Grundgesetz vom Oktober sistirt? Die „Debatte“ erwidert treffend hierauf: Die Regierung beabsichtigte eben keineswegs, die Verfassung zu suspendiren, sie wollte nur eine Thatsache konstatiren, die sie nicht zu ändern vermag, und sie erklärte jenen Theil der Verfassung außer Wirksamkeit, der faktisch nicht zu fungiren vermag. Die „Oesterr. Ztg.“ in ihrem heutigen Leader zeigt sich von einem nicht gerechtfertigten Gefühl der Empfindlichkeit gegenüber den Provinzen beherrscht, welche die Publikation des a. h. Manifestes mit Demonstrationen begleiten. Es zählt unsere Stadt unter denjenigen auf, welche sich schweigend verhalten. Dem gegenüber müssen wir denn doch auf die entschieden günstige Aufnahme hinweisen, welche das auch von uns gewürdigte Manifest in dem slowenischen Blatte „Novice“ und dem deutschen Organe der krainischen Autonomisten dem „Triglav“ gefunden hat. Ueberhaupt haben die Slaven Oesterreichs — und sie bilden die Mehrzahl der nicht-ungarischen Bevölkerung — das Manifest mit Vertrauen und gerechter Hoffnung aufgenommen, daß sie bei entsprechender Ausführung desselben die ihnen gebührende Stelle unter den gleichberechtigten Nationen Oesterreichs einnehmen werden.

Die Slaven Oesterreichs sind stets dem kaiserlichen Worte, auch in Zeiten, wo der Bestand der Monarchie durch eine kleine aber unermüdlich minirende Partei in seinen Grundfesten bedroht schien, mit Vertrauen gefolgt und haben ihre Treue mit

ihrem Blute besiegelt. Ihre Stimme mag denn wohl auch in einem Augenblicke von Gewicht sein, wo ihre Treue den wohlverdienten Lohn empfangen soll! Daß aber auch die deutsche Bevölkerung nicht von engherzigen Anschauungen beseelt, sondern in ihren hervorragendsten Vertretern geneigt ist, auch dem slavischen Bruder sein Recht widerfahren zu lassen, zeigt das Auftreten zweier tonangebenden Grazer Journale: Die „Tagespost“ sagt, man müsse unbefangen die Thatsache ins Auge fassen, daß die Majorität der Völker, welche der Februarverfassung abhold geblieben, bei ihrer Suspension in Zübel ausbricht. Das sei ein Faktum, mit welchem gerechnet werden müsse. Der „Telegraf“, das mit 1. Oktober sich zu einem großen Blatte erweiternde Organ der steirischen Autonomisten, geht auf das im Juni 1861 entworfene Programm seiner Partei zurück und zeigt, daß es im Wesentlichen mit dem allerrh. Manifeste übereinstimme. Er spricht zwar aus, daß sich der steirische Landtag nie zu einem, seine Kompetenz überschreitenden Beschlusse über die staatsrechtliche Frage herbeilassen werde. Allein die Beforgniß, daß die Landtage die staatsrechtliche Frage zu lösen haben werden, ist bereits durch offiziöse Erklärungen beseitigt, wonach das Ergebnis der Verathungen der Landtage von Ungarn und Kroatien einem ad hoc zu berufenden Reichsrathe vorgelegt werden wird und für den Fall, daß die Verhandlungen mit Ungarn und Kroatien scheitern, den alten Provinzen ihre erworbenen Verfassungsrechte ungeschmälert bleiben. In dieser Versicherung scheint uns der Kern der Frage zu liegen, denn warum soll eine Verständigung, die doch von allen Theilen gewünscht wird, nicht versucht werden, wenn dies ohne alle Gefahr für den Rechtsbestand der nicht ungarischen Länder geschehen kann?

## Die Schöpfung der höheren Gemeinden.

Wien, 20. September.

Mit dem willkürlich ersonnenen Gaugrafenprojekte, dem als reiner tendenziöser Erfindung und Irreleitung der öffentlichen Meinung bereits entgegengetreten worden, ist in der Tagespresse die Schöpfung der höheren Gemeinden, der Bezirks- und Kreisvertretungen berührt, das Streben und die Absichten der Regierung in das Reich der Diskussion gezogen und die Frage aufgeworfen worden, wer statt der ersonnenen „Gaugrafen“ die Spitze dieser höheren Gemeinden bilden soll und ob das System der gegenwärtigen politisch-administrativen Organisation geändert, oder ob nur die höhere Bezirks- und Kreisgemeinde dazwischen eingeschoben werden soll? In Beantwortung dieser Fragen können wir mittheilen, daß es sich der Regierung um nichts Anderes handelt, als die in der autonomen Gemeinde bereits gegebene Organisation auch in den höheren Gliederungen des Bezirkes und Kreises durchzuführen. Bekanntlich ist das diesbezügliche Reichsgesetz durch die Reichsvertretung geschaffen und den Landtagen vorgelegt worden, von denen es theils angenommen, theils verjagt oder abgelehnt worden. Nachdem dieses Gesetz in Böhmen mit Befriedigung des Landes in der Durchführung begriffen ist, geht die Absicht und das Streben der Regierung, so fest auch bei ihr der Entschluß, den Grundsatz der Autonomie zur Durchführung zu bringen, stehen mag, dahin, den in dem bezüglichen Reichsgesetze festgestellten Grundsatz der Bezirksgemeinde, dieses höheren Ausdrucks der freien autonomen Gemeinde, unter Festhaltung der Bestimmungen dieses Reichsgesetzes in allen jenen Ländern, wo die Verhältnisse selbst dafür sprechen, mit Zustimmung der Landtage auszuführen, zu welchem Zwecke den nun wieder einberufenen Landtagen eine diesfällige Vorlage gemacht, respektive die frühere Vorlage wiederholt werden wird. Im Punkte dessen, wer die Spitze der höheren Gemeinden bilden soll oder

bilden wird, glaubt die Regierung diese Frage, welche Intelligenzen hiezu berufen werden, als eine innere des Kreises oder Bezirkes und als eine Vertrauenssache der Wähler anerkennen zu müssen. Was die Frage betrifft, ob mit der Schöpfung der höheren Gemeinden Änderungen im Systeme der politisch-administrativen Organisation beabsichtigt werden, dürfte wohl Jedermann einleuchten, daß vorerst höhere autonome Organe thatsächlich geschaffen, in ihrem Wirken fähig auch erstarken müssen, bevor daran auf verfassungsmäßigem Wege weiter gedacht werden kann, ihren durch das Reichsgesetz normirten Wirkungskreis im gesetzlichen Wege zu erweitern und hierdurch die Kompetenz der landesfürstlichen Behörden, welche man jedoch für die administrativen, das Staatsinteresse unmittelbar berührenden Angelegenheiten wohl nie ganz wird entbehren können, zu beschränken. Dieses ernste Streben der Regierung nach Herstellung und Einrichtung autonomer Organe muß aber allgemein gewürdigt werden, insbesondere aber von denen, die das Lösungswort der Regierung „administrative Dezentralisation“, „Selbstverwaltung“, „Beschränkung des überwuchernden Bureaucratismus“ zu dem ihrigen gemacht haben. In diesem jedoch dualistische oder wieder föderalistische Bestrebungen zu suchen, hiezu bieten sich uns, noch jedem Andern, keine Stütz- und Anhaltspunkte, und daß die Regierung die gesammten Bestandtheile der Monarchie auf gleichen Unterlagen der Freiheit und der Autonomie in der Verwaltung und Gesetzgebung gestützt haben will, ist wiederholt erörtert worden.

Wien, 22. September.

Die ernste väterliche Absicht Sr. Majestät, allen seinen Völkern jene wahrhaft verfassungsmäßigen Rechte zu Theil werden zu lassen, welche die „Einheit des Reiches in der Beachtung der Mannigfaltigkeit seiner Bestandtheile und ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung“ sichern, hat seinen erhabenen und feierlichen Ausdruck in dem Allerhöchsten Manifeste vom 20. September gefunden. Die öffentliche Meinung wird die kaiserlichen Worte gewiß mit großer Freude und Zuversicht aufnehmen, denn sie sind die vollgiltigste Gewährleistung, daß den Wünschen und Interessen der vielen und verschiedenen Nationen des großen Kaiserstaates gewissenhafte Rechnung getragen werden wird. In klaren und festen Linien wird im Manifeste dem ungarischen Landtage wie dem zur gleichen Aufgabe später einzuberufenden engeren Reichsrathe ihr hohes und schönes Ziel vorgelegt: Verständigung mit Wahrung des legitimen Rechtes und der gemeinsamen Angelegenheiten. Daß der engere Reichsrath erst nach Beendigung der Debatten zur Lösung des Verfassungskonfliktes im Pester Landtage einberufen werden wird und kann, erscheint uns gerade im Interesse Oesterreichs und seiner Verfassung als geboten.

Die Lösung der ungarischen Frage ist eine Lebensbedingung für die konstitutionelle Fortentwicklung in Oesterreich geworden. Die Gnade Sr. Majestät gönnt den Ungarn ein großes und entscheidendes Wort in der hohen und wichtigen Frage. Hoffen wir, daß die Ungarn durch loyale Entschlüsse und brüderliches Entgegenkommen das ihnen zu Theil gewordene Vertrauen Sr. Majestät und die gerechten Erwartungen Oesterreichs, ja der ganzen zivilisirten Welt rechtfertigen werden. Diese Gnade des Kaisers, die verfassungsmäßigen Rechte der Ungarn wieder in Kraft treten zu lassen, dabei aber die Reichseinheit zu wahren, kann uns ein fester Bärge sein, daß Se. Majestät auch in der anderen Hälfte des Reiches die Verfassung aufrecht erhalten wissen will. Das kaiserliche Wort belehrt uns, daß mit der Einberufung des ungarischen Landtages nichts verbunden ist, was mit den Rechten, welche die Völker durch das Oktoberdiplom

und das Februarpatent erhalten haben, im Widerspruch steht. Das Wesen bleibt, nur die Form soll nach Bedürfnis und den Interessen der cis- und transleithanischen Völker abgeändert werden. Die Präzisierung der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten wird die Hauptaufgabe und der entscheidende Schritt zum Ausgleich sein. Der Monarch erwartet einen opferfähigen, versöhnlichen Sinn von seinen Vätern — es kommt von selbst, wenn wir uns aneignen, was uns noch fehlt: Selbstvertrauen.

### Das neue Anlehen.

G. C. Wir haben bisher den Konjekturen der Tagespresse und der Finanzwelt über die von der Finanzverwaltung beabsichtigten Kreditoperationen freies Feld gelassen, weil wir dem Laufe der Verhandlungen, welche über den Abschluß eines Anlehens gepflogen werden, nicht vorgreifen wollten. Nunmehr glauben wir uns jedoch zu der Hoffnung berechtigt, daß es in nicht ferner Zukunft gelingen werde, das wichtige Geschäft zu einem allseitig befriedigenden Abschluß zu bringen. Wir glauben es aber nicht bloß, weil wir es wünschen, sondern unsere Erwartungen, die wir von dem günstigen Erfolge der eingeleiteten Anlehens-Verhandlungen hegen, ruhen auf festerem, thatsächlichem Grunde.

Vor Allem müssen wir auf den Unterschied zwischen dem Anlehen, das Oesterreich in diesem Augenblicke zu emittiren im Begriffe steht, und dessen früheren Anlehen aufmerksam machen. In dem Zwecke, in der nächsten Bestimmung einer Kreditoperation, in der Verwendung, welcher dieselbe zugeführt werden soll, ist das wesentlichste Kriterium für ihren innern Werth und auch für die Aufnahme, die derselben bevorsteht, gegeben. Kassen, welche sich den Schuldverschreibungen, die zunächst und zumeist zur Bedeckung eines Klassen-den, sich stets erneuernden Defizits ausgestellt werden, nur ungern und zögernd öffnen, welche sich Anlehen, denen das Gepräge kriegerischer Eventualitäten aufgedrückt ist, vollends verschließen, zeigen sich viel williger gegen Anlehen von zunächst produktiver Natur. Das Anlehen, welches Oesterreich auszugeben im Begriffe steht, wird im Frieden für den Frieden kontrahirt und ist nur in seinem geringsten Theile für die Begleichung eines Defizits, hauptsächlich aber und in erster Linie zur Lösung schwer wiegender und folgenreicher Verpflichtungen, zur Tilgung der durch die Bankakte fest normirten Staatsschuld an die Bank, zur Rückzahlung der von dem früheren Finanzminister im Auslande ausgenommenen Vorschüsse, zur Einlösung der die Maximalsumme von 80 Millionen Gulden überschreitenden Hypothekendarlehen (Salinen-Scheine) bestimmt und es stellt sich daher den Geldmärkten nicht als eine neue Schuld, sondern als eine Umwandlung der schwebenden in eine konsolidirte Schuld dar. Durch diese Umwandlung wird endlich das Institut der Nationalbank mittelst Wiederherstellung der Valuta einer seit 17 Jahren vielfach gehemmten, die volkswirtschaftliche Entwicklung der Monarchie mächtig fördernden Thätigkeit wieder zurückgegeben und nicht nur das seitherige demüthigende und dem Staatskredite so nachtheilige System der Bewerbung um vereinzelte, mühsam aufgesammelte Vorschüsse, sondern auch voraussichtlich die lange Reihenfolge der an dem Marke Oesterreichs zehrenden Kreditoperationen zum Abschluß gebracht. Der Zinsfuß des Landes wird nicht länger durch die Konkurrenz des Staates unerschwinglich vertheuert, das verfügbare Kapital nicht weiter den dringendsten volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entzogen, die Steuerkraft des Landes nicht weiter bis zur Erschöpfung angepannt werden.

Zu dem Ende gingen dem Anlehen bereits beträchtliche Ersparnisse im Staatshaushalte voran, weitere Verminderungen der Ausgaben werden sich, auch abgesehen von den darauf unmittelbar abzielenden Maßnahmen, noch in Folge der fortschreitenden Verbesserung und demnächstigen Wiederherstellung der Valuta fernerhin zuverlässig ergeben.

Diesen wichtigen Bürgschaften für das neue Anlehen reißt sich aber noch ein bedeutungsvolles Moment in den persönlichen Beziehungen an, welche zwischen dem jetzigen Lenker der finanziellen Geschichte Oesterreichs und den Chefs des mächtigsten Bankhauses der Welt sowohl, als auch den hervorragendsten Vertretern des großen englischen Geldmarktes bestehen und die uns ganz besonders zu der Erwartung berechtigen, daß das neue Anlehen unter diesen günstigen Auspizien zu einem baldigen, allseitig befriedigenden Abschluß gelangen werde.

### Oesterreich.

Wien, 19. September. Es wurde seinerzeit berichtet, daß kurz nach dem Amtsantritte des gegenwärtigen Finanzministers, Grafen Larisch, die Chefs der verschiedenen Finanzlandesdirektionen nach Wien berufen wurden, um an den Beratungen über die in

Aussicht genommenen Reformen bei den Finanzbehörden Theil zu nehmen. Nicht minder ist bekannt, daß seitdem mancherlei Veränderungen in dem Organismus der Finanz-Departements theils thatsächlich eingetreten, theils noch im Zuge sind. Wie der „Pester Lloyd“ jetzt erfährt, handelte es sich bei den Eingangs erwähnten Beratungen unter Anderem auch um die Auflaffung der jetzt bestehenden Finanzlandesdirektionen, und es wird hervorgehoben, daß bei den diesbezüglichen Beratungen selbst einige Chefs dieser Zentralstellen aus mannigfachen Gründen, vor Allem aber aus Ersparungsgründen, für die beantragte Auflaffung derselben plaidirten. Was speziell Ungarn betreffe, meint das erwähnte Blatt, daß die Wirksamkeit der dort noch bestehenden Finanzlandesdirektionen mit Ende dieses Jahres aufhöre. Die jetzigen Finanzbezirksdirektionen sollen dagegen einen erweiterten Wirkungskreis und den Namen „Inspektorate“ erhalten. Zieht man nunmehr in Betracht, daß die Organe der Finanzbehörden auch in Ungarn durch eine erst kürzlich eröffnete und bekannt gewordene Weisung in gewissen dienstlichen Beziehungen an den politischen Landeschef gewiesen seien, so erkläre sich die weitere Mittheilung, welche dahin laute, daß die Finanzinspektorate in Ungarn, wiewohl sie dem Finanzministerium unterstehen, dennoch eine einheitliche Leitung, wenn auch vorläufig nur in provisorischer Weise, etwa durch eine Sektion des Statthaltererrathes in Ofen, erhalten werden.

Die amtliche „Agramer Zeitung“ läßt sich von hier berichten, daß seit einigen Tagen hervorragende Mitglieder der dalmatinischen Unionspartei in der Residenz weilen, um dem Staatsminister Aufklärungen über die stürmischen Wahlvorgänge zu geben und über die politische Lage ihres Heimatlandes Bericht zu erstatten. Hieran soll auch ferner die Auseinandersetzung geknüpft werden, wie es bei der nun veränderten Situation keinerlei Schwierigkeiten unterliegen werde, auf dem bevorstehenden dalmatinischen Landtage eine Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien zu erzielen, vorausgesetzt, daß man der nationalen Partei auch die volle Freiheit der Aktion bei Gelegenheit der Landtagswahlen lasse. Die Unionisten hoffen — nach Angabe des Agramer Blattes — ihres Erfolges um so sicherer zu werden, als ihnen nach ihrer Versicherung von Seite der Autonomisten kaum Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, obwohl sich die Letzteren einstweilen zwar für die Union, nicht aber auch für die Annexion, d. h. unbedingte Vereinigung mit Kroatien erklärt haben. Unter solchen Umständen schmeicheln sich die Nationalen auch, die Zustimmung der kaiserlichen Regierung zu erlangen, daß bei den gegenwärtigen Landtagswahlen die möglichste größte Freiheit der Bewegung gestattet und die den Behörden zu ihrer Richtschnur auch bekannt gegeben werde.

21. September. (Gen.-Corr.) Wir haben heute aus einem Organe des Auslandes einen Artikel zu verzeichnen, welcher uns die größte Aufmerksamkeit zu verdienen scheint. Die in Florenz erscheinende „Opinione“ bringt nämlich unter der Aufschrift: „Die österreichischen Zentralisten“ einen längeren Artikel, welcher eine ziemlich klare Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage der österreichischen Monarchie und ein ausgesprochenes Verständnis für die Absichten des neuen Ministeriums und für die von demselben inaugurierte politische Aera dokumentirt. Der Artikel erörtert in seinem Haupttheile folgenden Ideengang: „Die ultra-zentralistischen Organe, besonders in Wien, haben ganz Unrecht, bezüglich der Einberufung des siebenbürgischen Landtages über „Verrath“, „Verfassungsbruch“, „Ruin der Monarchie“, „Finis Austriae“ u. s. w. zu schreiben. Nachdem der Reichsrath die Aufgabe des Februarpatentes bezüglich Ungarns nicht lösen konnte oder wollte, ist es natürlich, daß der Kaiser nicht ewig jene absurde Beschaffenheit einer Reichsvertretung fortbestehen lassen konnte, bei welcher über die Hälfte des Reiches selbst gar nicht in Wahrheit vertreten war, und dafür in Pest und Klausenburg jene dringende Lösung suchte, die in Wien selbst zu erzielen als unmöglich erschien; Graf Belcredi werde daher den Landtagen in Pest, Klausenburg und Agram wahrscheinlich vor Allem die Frage wegen eventueller Wiedervereinigung Siebenbürgens und Kroatiens mit Ungarn, sodann aber das Oktober-Diplom und das Februarpatent zur Präzisierung jener Modifikationen derselben vorlegen, welche vom Reichsrathe selbst im Allgemeinen und theoretisch als dringend nothwendig erkannt aber in konkreter Weise niemals angebahnt worden waren, welche Modifikationen dann wieder dem vervollständigten Reichsrathe zur definitiven Debatte und Schlußfassung darüber vorgelegt werden dürften. Von einem angestrebten „Dualismus“ bezüglich Ungarns zu sprechen, sei ein bloß tendentios-rethorisches Kunststück; weder würde Graf Belcredi oder irgend ein anderer Minister die Einführung eines solchen in Oesterreich ernstlich vorschlagen, noch der Kaiser je auf Aehnliches eingehen; die ganz logische Folge der Dinge sei einfach die: Graf Belcredi, welcher den einen Theil zur sicheren Errei-

chung eines bestimmten, endlichen Zieles in der österreichischen Lebensfrage impotent fand, wendete sich nun einfach an den anderen Theil, um dann dafür von demselben jene Konzessionen zu Gunsten des Gesamtstaates zu erlangen, welche Minister Schmerling durch keine Mittel zu erlangen im Stande war.

Prag, 22. September. Die föderalistischen Blätter geben ihre Befriedigung über die neuesten Verfügungen der Regierung auf das nachdrücklichste kund; der Stadtrath hat beschlossen, die vor vier Jahren feierte Feier des Oktoberdiplomerrlasses mit Illumination wieder zu begehen. Die Feier der Grundsteinlegung soll ebenfalls bis dahin verschoben werden.

Pest, 22. September. Die neuen Funktionäre der Stadtgemeinde werden nächsten Dienstag durch den königlichen Kommissär Bartal eingesetzt: Oberbürgermeister wird Rottenbiller, Ober-Stadthauptmann Thais und Stadtrichter Thanhoffer.

Agram, 22. September. Die Aufnahme des kaiserlichen Manifestes auf national-liberaler Seite ist entschieden günstig, die Stimmung vertrauensvoll. Die Organe der früheren Schmerling'schen Regierung sind konsternirt.

### Ausland.

Berlin, 22. September. Wie die „Nord. Ztg.“ hört, bezweckte die Reise des Kriegsministers Roon nach Kiel, die Reihenfolge der Marinebauten zu bestimmen und deren Beschleunigung herbeizuführen.

Der König versprach den Lauenburger Deputirten einen kurzen Besuch in Lauenburg. Die Reise dahin ist für Montag in Aussicht genommen. Bisмарck wird den König begleiten. Die Erbhuldigung findet erst später statt.

Der verhaftete Redakteur May war der erste, welcher die nach der Gasteiner Konvention festgesetzte Etappenstraße zur Fahrt nach Perleberg benützte. Einer Mittheilung der „Volks-Zeitung“ zufolge hat das Perleberger Kreisgericht die Verhaftung Mays nicht für zulässig erachtet; der Staatsanwalt hat indeß rekurrirt und auf Grund eines Befehls des Berliner Kammergerichtes ist nun die Untersuchung eingeleitet worden.

Merseburg, 22. September. Der König empfing gestern in Gegenwart des Grafen Bismarck die lauenburgischen Deputirten, Graf Bernstorff-Watersleben und Landmarschall Bülow-Sadow.

Mailand, 17. September. In ganz Ober-Italien und namentlich in der Lombardie herrscht demalen eine sehr kriegerische Stimmung.

Ein baldiger Krieg ist das Ziel der Wünsche geworden. Auch den übrigen Provinzen hat sich diese Stimmung mitgetheilt, und man hat wieder aller Orten das vor einigen Jahren beliebte, dann aber aus der Mode gekommene „Krieg im Frühjahr“ auf der Zunge. Die Proklamation des venetianischen Zentral-Komitees zeugt ebenfalls von dieser Strömung, und während Männer, wie die Deputirten Menighini, Tecchio, Cavaletto und Giustiniani, nämlich Venetianer, welche das Komitee früher inspirirten, fortwährend die Politik des Zuwartens empfehlen, geben auch diese jetzt zu einer herausfordernden Sprache ihre Zustimmung.

Paris, 19. September. Herr Dronyn de l'Huy ist heute zum ersten Male wieder auf seinem Posten erschienen, der Aufenthalt im Rheinbade hat der Gesundheit des Ministers vortrefflich angefallen. Einer seiner ersten Akte, versichert man, wäre heute gewesen, die streng offiziellen Blätter, also den „Constitutionnel“ und das „Pays“ anzuweisen, daß sie die Broschüre über die Konvention von Gastein gänzlich mit Stillschweigen übergehen, dagegen in ihren nächsten Nummern Zeitungsstimmen aus dem mittelstaatlichen Lager, welche für die Selbstständigkeit der Herzogthümer plaidirten, sammeln sollten; der „Constitutionnel“ wird dieser Weisung schon morgen entsprechen. — Die Gerüchte von bevorstehenden wichtigen Akten der inneren Politik haben heute wieder eine andere Form angenommen. Es wird verbreitet, die Kammern würden im Herbst einberufen und, nachdem ihnen tiefgreifende Veränderungen an der Konstitution von 1852 mitgetheilt worden, sogleich wieder aufgelöst werden, damit das Land in den allgemeinen Wahlen der Regierung sein Urtheil über die neuen Reformen zu erkennen habe. Diese Gerüchte treten mit einiger Stärke auf. Weiter erzählt man in Deputirtenkreisen, Herr Emile Olivier werde sich nächstens mit Fräulein Bouvet, der Vorleserin der Kaiserin, verloben. Herr Olivier ist bekanntlich Witwer von einer Tochter Lisits und der Gräfin d'Agoult; Fräulein Bouvet, welche, wie man weiß, in Neuchâtel krank darniederliegt, zählt etwa 28 Jahre und erfreut sich der besonderen Gunst der Kaiserin, bei welcher auch Herr Olivier viel Beifall gefunden haben soll. Die Kombination ist — wie man sieht — nicht ohne politischen Hintergrund. — In Toulon wüthet die Cholera mit verheerender Kraft, an einem Tage zählte man in dieser Stadt 84 Tödtliche und der kleine Hafen La Seyne in der Nähe ist durch die Seuche

fast gänzlich entvölkert. — Herr Louis Benillot, welchen die italienischen Blätter in Rom die Vorkehrungen zu einem in Belgien zu gründenden katholischen Journale treffen lassen, befindet sich ruhig in Paris und denkt nicht an das Projekt, welches seine Gegner, die lügnische „Italie“ obenan, ihm andichten.

— 22. September. Der heutige „Moniteur“ schreibt: „Die Journale vermessen sich, einen Wechsel in den Persönlichkeiten und Angelegenheiten der Regierung vorherzusagen und gehen so weit, den 14. Oktober als den Zeitpunkt zu bezeichnen, an welchem dieses Ereigniß stattfinden soll. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß diese Gerüchte keinerlei Art von Begründung haben und aus Uebelnahmen erfunden sind.“

— Der Kaiser hat der Königin Isabella versprochen, vor Allem und gegen Alle die zeitliche Gewalt des Papstes zu verteidigen.

(Levantepost) mit Nachrichten aus Konstantinopel bis zum 15. d. Das ungeheure Feuer in Konstantinopel, dessen schon bei der letzten Post ausführliche Erwähnung geschehen, steht, wie man erst jetzt ermessen kann, seit 100 Jahren ohne Beispiel da. Auf eine Länge von 1½ engl. Meilen und ½ Meilen Breite ist Alles zerstört, und man schätzt den Schaden auf 40 Millionen Gulden. Für die Nothleidenden sind Sammlungen eröffnet worden und der Sultan selbst hat an der Spitze der Subskribenten 250.000 Piaster gezeichnet, die Großwürdenträger haben 612.000 Piaster hergegeben, die Angestellten verschiedener Ämter haben auf einen einmonatlichen Gehalt zu Gunsten der Abbrändler verzichtet, die englische Kolonie mit Einschluß von Sir H. E. Bulwer haben nicht unbeträchtliche Summen angewiesen und Alles trägt nach Kräften bei, um das Geschick der zu Schaden gekommenen zu erleichtern. Die Cholera hat alle charakteristischen Merkmale einer Epidemie verloren und es wird jetzt kein tägliches Bulletin von der Sanitätskommission mehr publiziert. Savfetti Pascha, Präsident des Kriegsraths, wird als Nachfolger Osman Pascha's, der mit den Angelegenheiten des Suezkanals betraut ist, genannt. Konstantinopel wird innerhalb dreier Monate eine Stadtpost mit Briefkästen in den Straßen u. s. w. ganz nach europäischem Muster haben. Ein Grieche, Herr Sianos, der mehrere Jahre in Wien gewohnt, hat die Konzession, eine solche Post zu errichten, vom Sultan erhalten. Das Porto für Briefe im Innern der Stadt wird 20 Para sein und für einen Brief nach dem Bosporus und andern entfernten Lokalitäten hat man 1 Piaster zu zahlen. Für rekommandirte Briefe ist das Doppelte zu zahlen. Das Reglement wird nächstens von Kadri Bey, dem Postdirektor, veröffentlicht werden. In der Nähe von Saloniki haben sich, wie am 5. d. gemeldet wird, einige vereinzelte Cholerafälle gezeigt. Aus Port Said in Egypten schreibt man, daß der Verlust des Oesterreicher's Teja, Kapit. Mariani, aufs Neue den Beweis liefere, wie nothwendig die Errichtung eines Leuchthurms in jenen gefährlichen Gewässern sei. Aus Odessa meldet der „Levant Herald“ vom 4. d., daß die russische Regierung 50 Mill. Rubel bestimmt habe, um einen dem Handel völlig entsprechenden Hafen in Odessa zu bauen. Zum Beweise, welche Ausgaben Rußland für Arbeiten mache, die es einmal als zweckmäßig erkannt, führt das Blatt noch an, daß auf die Befestigung der Straße von Jenikale 15 Mill. Rubel verwendet seien, dafür sei dieselbe aber auch mit 400 gezogenen Kanonen des größten Kalibers montirt

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 25. September.

Kommenden Samstag hält der ärztliche Verein für Krain seine Monatsversammlung ab, in welcher wissenschaftliche Vorträge gehalten werden.

— Gestern 6 Uhr früh soll in Geweihten Brunn (Zegnan studene) bei St. Marcin in einem Hause Feuer ausgebrochen sein, während die Hausbewohner in der Kirche sich befanden und nur einen 13jährigen Knaben zurückgelassen hatten. Dieser soll das Frühstück gekostet und dadurch der Ausbruch des Feuers veranlaßt haben, welchem er selbst zum Opfer fiel. Der Brand wurde übrigens ohne sonst viel Schaden gemacht zu haben, gelöscht. Wieder ein Beweis, wie sorglos oft die Eltern mit ihren Kindern umgehen und welche traurige Folgen diese Sorglosigkeit oft hat.

— Der „Marburger Korrespondent“ schreibt unterm 24. September: Der Laibacher slavische Turnverein „Južni sokol“ ist heute früh, unter Anführung seines Vizevorstandes Herrn Dr. Suppanz, mit der Eisenbahn zu der am Abend stattfindenden Vespä der Marburger „Citavnica“ hier angekommen und von den Repräsentanten derselben unter der Musik der Stadtkapelle nach der Stadt begleitet worden.

— Herr Dr. Moriz v. Kaiserfeld hat den Gesetzentwurf für Bezirksvertretungen vollends ausgearbeitet und wird der steirische Landesausschuß diesen

Entwurf als eine der ersten Vorlagen in der kommenden Session dem steiermärkischen Landtage unterbreiten. Die Regierung ist somit der Mühe enthoben, bei dem steiermärkischen Landtage eine Gesetzesvorlage über Bezirksvertretung einzubringen.

— Bekanntlich war vom Abgeordnetenhaus der Beschluß gefaßt worden, daß in Triest die Hauszinssteuer unter Aufhebung des bisher für Triest geltenden Aversual-Systems wie in den übrigen Provinzen eingeführt werden solle. Gegenüber den hieraus entsprungenen Besorgnissen vernimmt nun der „Diavoletto“, daß es jetzt nicht in der Absicht der Finanzverwaltung liegt, bezüglich der Hauszinssteuer in der Stadt Triest und deren Gebiet, so wie bezüglich ihrer Einhebung eine Aenderung eintreten zu lassen.

— „Narod“ bringt folgende Nachricht: In Zbirow weist gegenwärtig eine Kommission, bestehend aus dem Bankier Korsten aus Holstein, Professor Roch aus Tharand, Professor Schindler aus Mariabrunn, welche die Zbirower Forste und Felder besichtigen. Es hat sich nämlich ein Konsortium deutscher Kapitalisten gebildet, unter denen sich auch Graf Moroski aus Galizien befinden soll, welches alle in den deutsch-slavischen Ländern befindlichen Staatsdomänen um den Preis von 150 Millionen zu übernehmen sich verpflichtet, welche Summe dem Finanzminister bereits erlegt wurde (?). Von Zbirow begab sich die Kommission nach Joachimsthal und von dort wird sie die Bergwerke von Idria besichtigen. (Dem Vernehmen nach wäre die Kommission bereits hier eingetroffen. D. Red.)

## Wiener Nachrichten.

Wien, 24. September.

Se. Majestät haben an die hilfsbedürftigsten Bewohner der durch Hagelschlag heuer wiederholt heimgesuchten Gemeinde Platt im Bezirke Net den Betrag von 800 fl. allergnädigst vertheilen zu lassen geruht.

— Das „Erdbt.“ ist in der Lage, den Inhalt eines bisher noch nicht publizierten Erlasses des Justizministers mitzutheilen. Er ist von der Tendenz getragen, auch im Budget der Justiz Ersparungen zu erzielen. Bei Erledigung von Dienstposten ist vor Allem in Erwägung zu ziehen, ob die Wiederbesetzung derselben durch das Interesse der Rechtspflege unbedingt geboten sei und daß über die in dem Wirkungsbereich der Unterbehörden gelegenen Ernennungen von Konzepten, Kanzlei- und Dienerpösten vor deren Ausfertigung dem Justizministerium Bericht zu erstatten sei. Die durch Erledigung von Kanzleidiensposten entstandenen Lücken sollen zunächst durch Vertheilung der Arbeit an andere Beamte, durch Supplirungen mit Verwendung der in geringeren Dienstkategorien stehenden, und wenn durchaus mit dem vorhandenen Kanzleipersonale das Auslangen nicht sollte gefunden werden können, durch Aufnahme geeigneter Diurnisten ausgefüllt werden. Die Präsidien der Oberlandesgerichte sollen übrigens außergewöhnliche Anstrengungen einzelner Beamten, durch welche Befetzungen systemisirter Kanzleidiensposten entbehrlich gemacht werden, mit Remunerationen entsprechend entlohnern. Man will es dabei erzielen, daß eine jede größere Arbeitsleistung auch eine verhältnismäßig höhere Entlohnung finde. — In dem Erlaß spricht sich ein eben so humaner als praktischer Sinn aus.

— Der Universitätsprofessor in Innsbruck, Dr. Karl Libor Kopecky, hat das Ritterkreuz des kaiserlich mexikanischen Guadalupe-Ordens erhalten.

## Sitzung des Gemeinderathes

vom 23. September.

Nach Vorlesung des Protokolls der letzten Sitzung, welches genehmigt wird, beantwortet der Herr Bürgermeister eine vom Herrn Dr. Deschmann in der frühern Sitzung eingebrachte Interpellation dahin, daß die Bauaktion die Renovierung des schlechten Pflasters in den Seitengassen der St. Petersvorstadt bereits beschlossen habe und daß hiernach das Weitere veranlaßt werden wird. Ferner bringt derselbe eine Dankadresse des Kinderhospital-Komitees für die vom Gemeinderathe bewilligte Subvention jährlicher 300 fl. zur Kenntniß der Versammlung und eröffnet weiters, daß das neue Projekt für die Schusterbrücke, welches in der fürstlich Auersperg'schen Eisenschmelze in Hof entworfen wird, im Monate Oktober hierorts eintreffen wird.

Herr Dr. Schöppel im Namen der Finanzsektion referirt über den Antrag des Magistrates wegen Einführung eines Aufschlages auf das Bier mit 40 kr. per Eimer und einer städtischen Umlage nach dem Miethzinsgulden. Die Finanzsektion erkennt die Nothwendigkeit der Eröffnung neuer Einnahmequellen für die Stadtgemeinde mit Rücksicht auf die bevorstehenden unverschieblichen Neubauten an und weist insbesondere darauf hin, daß, nachdem zur Herstellung aller nothwendigen Bauten ohne Zweifel ein Ansehen kon-

trahirt werden muß, jedenfalls die Verzinsung und Rückzahlungsraten durch neue Zuflüsse gedeckt werden müssen. Dieselbe beantragt demnach zur Herstellung des Gleichgewichtes in dem städtischen Haushalte 1. die Einführung einer Umlage nach dem Miethzinsgulden in der Art, daß Miethzinsgulden unter 50 fl. von jeder Umlage frei zu lassen sind, daß dagegen bei Miethzinsgulden von 50 fl. aufwärts bis ausschließlich 100 fl. die Umlage mit 1 kr. per Gulden und bei Miethzinsgulden von 100 fl. aufwärts die Umlage mit 2 kr. per Gulden abgenommen werde; dann 2. die Einführung eines neuen Aufschlages auf das Bier mit 40 kr. per Eimer. Diese Anträge werden bei Anwesenheit von 21 Gemeinderäthen mit einer Majorität von 19 beziehungsweise 18 Stimmen gegen 2 respektive 3 Stimmen auch angenommen, nachdem vorläufig nur Herr Dr. Paul Auer gegen den Bieraufschlag seine Stimme erhob und Herr Dr. Suppan in Betreff der Umlage nach dem Zinsgulden, die er im Prinzipie billigt, nur nähere Ausführungsbestimmungen festgestellt wissen wollte und in dieser Beziehung den Antrag stellte, daß der Gegenstand an die Finanzsektion zur Ausarbeitung einer detaillierten Gesetzesvorlage zurückzuleiten sei, welcher Antrag indessen mit großer Majorität abgelehnt wird. Aus dem Vortrage der Finanzsektion ergibt sich, daß der Stadtkasse durch diese neuen Zuflüsse, deren Einführung jedoch nur durch ein Landesgesetz geschehen kann, ein Gesamtbetrag von 15—16.000 Gulden zugehen wird.

Ueber Antrag der Finanzsektion durch Herrn Dr. Schöppel wird weiter einem städtischen Diener eine Aushilfe pr. 30 fl. bewilligt. (Schluß folgt.)

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

Vest, 23. September. „Pesti Naplo“ bringt heute einen zweiten Artikel über das kaiserliche Manifest, mit dem Ausspruch, daselbe bedrohe keineswegs den konstitutionellen Gedanken, sondern fördere denselben und deshalb können auch wir ohne Besorgniß in die Verathung der gemeinsamen Angelegenheiten eintreten.

Die Stadt Neutra war nach Bekanntwerden der Einberufung des Landtages festlich beleuchtet; die Volksmenge durchzog die Gassen unter dem Rufe: „Es lebe der König und das Vaterland!“

Brüssel, 22. September. Longuet, Chefredakteur des Journals „La rive gauche“, wurde heute durch Befehl des Königs angewiesen, das Königreich binnen 24 Stunden zu verlassen.

Hamburg, 23. September. Einem Telegramme der „Hamb. Nachrichten“ aus Schleswig zufolge ist Graf Eulenburg gestern Abends dort eingetroffen und von Herrn v. Zedlitz empfangen worden. Er verbleibt bis morgen und geht dann nach dem Norden.

Altona, 23. September. Die „Schleswig-holsteinische Zeitung“ meldet: Die österreichische Brigade wird zufolge telegraphischen Befehls um 600 Mann sofort dauernd vermindert. Am 3. Oktober gehen abermals 690 Beurlaubte nach Oesterreich ab, werden aber durch hier eintreffende Rekruten ersetzt.

Turin, 22. September. Heute hat eine Trauerfeier zur Erinnerung an die Septembertage unter Theilnahme der Arbeitervereine stattgefunden. Die verschiedenen Komitees und eine ungeheure Volksmenge folgten den schwarz verhüllten Fahnen auf den Friedhof, um Kränze dorthin zu tragen. Die Ordnung blieb vollkommen ungestört.

Paris, 23. September. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern, welches der heutige „Moniteur“ veröffentlicht, weist die Präfekten an, den Departements-Journalen mit Aufmerksamkeit zu folgen und, wenn dieselben einen schweren Irrthum enthalten würden, die Wahrheit der Thatsachen durch Kommuniquees wieder herzustellen. Es soll diese Intervention aber weder in eine mißbräuchliche Veröffentlichung, noch in eine gereizte Polemik ausarten.

## Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 23. September. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 62 Ztr. 33 Pfd., Stroh 34 Ztr. 20 Pfd., 80 Wagen und 7 Schiffe (31 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

| Wrt.              | Wrt.    | Wrt.                 | Wrt.    |
|-------------------|---------|----------------------|---------|
| fl. kr.           | fl. kr. | fl. kr.              | fl. kr. |
| Weizen pr. Metzen | 3 88    | Butter pr. Pfund     | 46      |
| Roggen            | 2 60    | Eier pr. Stuck       | 14      |
| Gerste            | 2 25    | Milch pr. Maß        | 10      |
| Häfer             | 1 80    | Rindfleisch pr. Pfd. | 17      |
| Halbfrucht        | 2 85    | Kalbsteisch          | 19      |
| Heiden            | 3       | Schweinefleisch      | 22      |
| Hirse             | 2 80    | Schäpfeisch          | 9       |
| Ankurny           | 2 64    | Hähnchen pr. Stuck   | 20      |
| Erbsen            | 1 30    | Tauben               | 10      |
| Linsen            | 4       | Heu pr. Zentner      | 1 60    |
| Größen            | 3 70    | Stroh                | 1 35    |
| Hölzer            | 3 75    | Holz, hart, pr. Kst. | 8 50    |
| Rindschmalz Pfd.  | 53      | — weiches, „         | 6 50    |
| Schweinschmalz „  | 46      | Wein, rother, pr.    | —       |
| Speck, frisch, „  | 40      | — Cimer              | 13      |
| — geräuchert „    | 44      | — weißer „           | 14      |

# Fremden-Anzeige

vom 22. Septbr.

Stadt Wien.

Die Herren: Jelebor, I. k. Enthaltsamkeit, von Wien. — Zehngruber, Jelebor, Handelsmann, Weber, Kaufmannssohn, von Graz. — Schmid, Bergverwalter, von Prasnigg. — Frau Gregor, Grundbesitzerin, von Neustadt.

Elephant.

Die Herren: Kugler, Kaufmann, Weismann, Geschäftsführer, von Wien. — Bohuslaw, Privat, von Biedig. — Ermacora, Handelsmann, von Udine. — Grioni, Produktenhändler, von Triest. — Drosz, Produktenhändler, von Tüffer. — Glöbner, Produktenhändler, von Gili. — Ramor, Student, von Gottsche.

Wilder Mann.

Die Herren: Ferdinand Graf Nischburg und Karl Graf Nischburg, von Schilt. — Dr. Erla, I. k. Oberarzt, von Wien.

Mohren.

Herr Sorko, I. k. Gerichtsadjunkt, von Marburg.

(1963—1)

Nr. 5093.

## Dritte Feilbietung.

Nachdem die in der Exekutions-sache des Josef Pousche wider Helena Savaschnig, geb. Gregoranz, pto. 525 fl. auf den 25. September d. J. angeordnete erste Tagung und die auf den 23. Oktober l. J. angeordnete zweite Tagung zur Feilbietung des landtäflichen Gutes Rosenbüchel über Einverständnis beider Theile für abgehalten erklärt worden sind, so wird

am 20. November 1865

mit dem Anhang des Ediktes vom 29. August d. J., 3. 4517, die dritte Feilbietungs-Tagung in der Amtskanzlei des k. k. Landesgerichtes abgehalten werden.

K. k. Landesgericht Laibach, am 23. September 1865.

(1925—3)

Nr. 4135.

## Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Reifnig, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Herrn Anton Moser von Planina gegen Matthias Bartol von Fried wegen aus dem Urtheile vom 31. Mai 1847 schuldiger 200 fl. öst. W. e. s. e. in die exekutive öffentliche Versteigerung der dem Letzteren gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Reifnig sub Urb.-Nr. 1286 vorkommenden Realität, im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 1240 fl. ö. W., gewilliget und zur Vornahme derselben die exekutive Feilbietungs-Tagung auf den

27. September,

27. Oktober und

27. November 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, u. s. die erste und zweite im Gerichtssitze und die dritte in loco der Realität mit dem Anhang bekannt werden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Reifnig, als Gericht, am 9. September 1865.

## Fr. Marie St.

werden dringend aufgefordert und gebeten, einen Brief unter der Ihnen bekannten Chiffre auf der Post abholen zu lassen.

(1907—5)

## Anzeige.

Im Heimann'schen Hause, II. Stock, am Plage nächst der Schusterbrücke sind Einrichtungstücke aus freier Hand billig zu verkaufen.

(1947—2)

(1928—2)

Nr. 3270.

## Zweite

## exekutive Feilbietung.

Im Nachhange zum diesseitigen Edikte vom 2. Juli d. J., Nr. 2340, wird bekannt gegeben, daß, nachdem zur ersten Feilbietung der dem Johann Kramer-schitz gehörigen, im Grundbuche der Kaplan-eigenschaft sub Urb.-Nr. 16 vorkommenden Hausrealität zu Rassenfuß kein Kauflustiger erschienen ist, am

13. Oktober d. J.,

Vormittag um 9 Uhr, hiermit zur zweiten Feilbietung geschritten wird.

K. k. Bezirksamt Rassenfuß, als Gericht, am 14. September 1865.

## Verlorene Hündin.

Dieselbe ist roth, glatthaarig und von echter istrischer Race, hat weißes Blau und weißen Kranz um den Hals. Der redliche Zustandebringer wird ersucht, solche gegen eine angemessene Belohnung in der St. Peters-Verstadt Nr. 12 abzugeben.

(1929—2)

## Gute

## Nummern

zum

## gewinnbringenden Lottospiele

weist meine geheime, eigenthümliche Methode an.

Auf frankirte Anfragen theile ich alles Nähere, wie Bedingungen u. c. mit.

Meine Adresse „für Briefe“ ist: Ingenieur Aug. Bold, Partikulier per Hamburg a. d. Elbe.

**Warnung.** Vor Nachahmungen, die zu nichts nützen, wolle man sich in Acht nehmen. (1912—2)

## Wein-Anschank.

Es werden alte Weine vom Jahre 1863, die Maß zu 36 und 40 kr., am neuen Markte Haus Nr. 221 über die Gasse ausgeschänkt. Der Eingang ist von der Schusterstraße.

Zu geneigtem Zuspruch empfiehlt sich dem P. T. Publikum bestens

(1949—2)

der Eigenthümer.

(1197—6)

## Orientalisches Enthaarungsmittel

1 Flacon fl. 2.10.

entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil selbst von den zartesten Hautstellen Haare, die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem schönen Geschlecht hiezu vorkommenden Bartspuren, zusammengezwungenen Augenbrauen, tiefes Scheitelhaar werden dadurch binnen 15 Minuten beseitigt.

## Lilioneese

ist von dem königl. preuß. Ministerium für Medizinal-Angelegenheiten geprüft und besitzt die Eigenschaft, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Haut-Unreinigkeiten, als: Sommersprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pocken-flecke, Finken, trockene und feuchte Flechten, so wie Rötze auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat, und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen 14 Tagen erfolgt, garantirt und zahlen wir bei Nicht-erfolg den Betrag retour.

Preis pro ganze Flasche fl. 2.60.

Fabrik von Rothe & Comp., Kommandantenstraße 31.

Die Niederlage für Laibach befindet sich bei Hrn. Albert Trinker, Hauptplatz Nr. 239.

(1955—1)

Nr. 2055.

## Exekutive Lizitation.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht zu Lichtenwald wird bekannt gemacht:

Es sei wegen schuldiger 18750 fl. ö. W. sammt Anhang die exekutive Feilbietung des dem Herrn Oberlichtenwalder Gutsbesitzer Albrecht Gehrenbeck gehörigen, mit gerichtlichem Pfandrechte belegten und auf 4892 fl. 1 kr. ö. W. bewertheten Mobiliars, bestehend in Schloßeinrichtung jeder Art, 3 Pferden, Weinen, Fäfern, Wägen u. d. gl., bewilliget und seien hierzu zwei Feilbietungs-Tagungen auf den

9. und 31. Oktober 1865

und nach Erforderniß auch auf die diesen beiden nachfolgenden Tage, jedesmal Vormittags von 8 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr, im Schlosse Oberlichtenwald und dessen Umgebung mit dem Beisatze angeordnet worden, daß jene Pfandstücke, welche bei der ersten Feilbietung nicht wenigstens um den Schätzungswert angebracht werden, bei der zweiten Versteigerung auch unter demselben gegen sogleiche Barbezahlung hintangegeben werden.

Lichtenwald, am 12. September 1865.

(1951—1)

## Kundmachung.

Nr. 210.

Die Stadt Stein in Krain bringt im heurigen und kommenden Jahre 4—5000 bis 30 Zoll im Durchmesser haltende schöne Sagriegel aus ihrer Waldung als Merkantilholz in Verkauf.

Die Stadtvorsteherung ersucht um frankirte diesbezügliche Kaufangebote bis 15. Oktober 1865 mit dem Bemerken, daß über frankirte Anfragen auch schriftlich schleunige nähere Auskunft ertheilt wird.

Stadtvorsteherung Stein, am 19. September 1865.

## Eine Landrealität

im Werthe von 12—20000 fl. wird zu kaufen gesucht.

Entsprechende Anträge übernimmt die Kanzlei des Advokaten Dr. Anton Pfeifferer in Laibach.

(1930—2)

## Gänzlicher Ausverkauf!

Um mit der Auflösung meines Schnittwaaren-Geschäftes schneller zu Stande zu kommen, werde ich, für den Fall die in Unterhandlung stehende Uebernahme nicht erfolgen sollte, die Schnittwaaren unter den Fabrikspreisen vollständig ausverkauft und damit am 28. dieses Monats beginnen, wozu ich um zahlreichen Zuspruch bitte.

Nähere Auskunft ertheilt aus Gefälligkeit Hr. J. Tyben so wie der Befertigte.

(1841—4)

Joh. Kraschowitz.

(402—7)

## Zeugniß.

Durch den eigenen Gebrauch des Anatherin Mundwassers \*) vom prakt. Zahnarzte Herrn J. G. Vopp, Stadt, Vognergasse Nr. 2, habe ich mich von der vortrefflichen Wirkung auf das Zahnfleisch und die Zähne überzeugt, daher ich mich veranlaßt fühle, um der leidenden Menschheit zu dienen, dieses Mundwasser Jedermann bestens anzupfehlen.

Wien.

Landgraf zu Fürstenberg m. p.,

I. k. General der Kavallerie u. c.

Zu haben: In Laibach bei Ant. Krisper — Joh. Kraschowitz — Karl Grill „zum Chinesen“ Petricic & Pirker und Kraschowitz's Witwe; in Krainburg bei L. Krisper; in Bleiburg bei Herbst, Apotheker; in Marasdin bei Halter, Apotheker; in Neustadt bei D. Rizzoli Apotheker; in Gurtsfeld bei Fried. Bömches, Apotheker; in Stein bei Zahn, Apotheker; in Triest Hauptdepot bei Serravallo, dann bei Rocca, Zanetti, Kikovich und Rondolini, Apotheker, J. Weissenfeld, Luigi Lorde-schneider; in Vischoflack, Oberkrain, bei Karl Fabiani, Apotheker; in Görz bei Franz Lazzar und Pontoni, Apotheker.

## Bahnarzt Engländer aus Graz

beehrt sich hiermit ergebenst anzuzeigen, daß er hier in Laibach eingetroffen ist und mehrere Tausend der schönsten künstlichen Mineral-Zähne mitgebracht hat, auch die so sehr beliebten

## Inconnables,

künstliche Zähne und Gebisse ohne Nadeln, ohne Klammern, auch ohne Spiralfedern machen, so wie dauernde Plombirungen hohler Zähne und alle sonstigen Zahnoperationen vornehmen wird.

P. T. Zahnpatienten um ihr Vertrauen bittend, verspricht er, sich zu bemühen das Beste zu leisten und das ihm geschenkte Vertrauen zu verdienen.

Wohnt im „Hôtel Elephant“, Zimmer Nr. 20—21.

Sprechstunden von 9 Uhr Früh bis 5 Uhr Abends. (1893—4)